



Waeber Emanuel

Öffentlicher Intrusionstest für E-Voting

Mitunterzeichner: -

Datum der Einreichung: 07.02.19

CHA

Begehren

Mit nachfolgender Anfrage wird der Staatsrat eingeladen, Auskunft zu Fragen betreffend dem E-Voting zu geben. Nachdem der Kanton Genf entschieden hat, vorerst auf die Einführung von E-Voting zu verzichten und der Kanton Aargau wohl auch in diese Richtung geht, erstaunt es mich, dass nun der Staatsrat einen öffentlichen Intrusionstest durchführt.

1. Neben Deutschland (2009) sprachen sich unter anderem auch Norwegen (2014), Frankreich (2017) und Finnland (2017) gegen die Einführung von E-Voting aus. Was beurteilen diese Staaten aus Sicht des Staatsrates falsch?
2. Bereits in einem Fünfjahresplan der NSA (SIGINT Mission Strategie Plan FY 2008-2013), die bekanntlich auch «Freunde» ausspioniert, ist nachzulesen, dass E-Voting und Anlagen zur Industrie- und Vorsorgesteuerung darum bettelten, ausgenutzt zu werden. Warum kümmern solche Aussagen und tatsächlich erfolgte Angriffe den Staatsrat nicht?
3. Was für ein Szenario wäre nötig und geeignet, um den Staatsrat von seinen E-Voting-Plänen abzubringen?
4. Wie viel Geld wurde seitens der öffentlichen Hand (Kanton und Gemeinden) insgesamt bereits für die Entwicklung und Erprobung von E-Voting aufgewendet?

—